



## FRANKREICH - INFO

NR. 3

22. MÄRZ 2004

**Winfried Veit**

**Regionalwahlen 2004:**

**Ohrfeige für die Rechte, Hoffnung für die Linke**

## Das Wichtigste auf einen Blick

1. Die Regional- und Kantonalwahlen am Sonntag waren der erste Urnengang seit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002. Über ihre regionale Bedeutung hinaus waren sie ein Gradmesser für die Stimmung des Wahlvolkes auch auf nationaler Ebene, was in der erhöhten Wahlbeteiligung von 61 % zum Ausdruck kommt.
2. Das Ergebnis ist eine Ohrfeige für die Regierung Raffarin und ihre Politik der gesellschaftlichen Reformen. Die Parole der Opposition, die Wahl als „Strafabstimmung“ (vote sanction) zu nutzen, ist bei den Wählern offensichtlich angekommen; die parlamentarische Rechte kommt zusammen nur auf 34 %.
3. Die um die Sozialistische Partei gescharte parlamentarische Linke ist mit über 40 % der Stimmen der Gewinner dieses ersten Wahlgangs; sie hat die Chance, beim zweiten Wahlgang am nächsten Sonntag zu ihren bisherigen acht weitere sechs Regionen hinzu zu gewinnen (von insgesamt 22).
4. Der rechtsextreme Front National hält sich mit 15 % auf hohem Niveau und wird im zweiten Wahlgang in drei Viertel aller Regionen dabei sein. Er hat zwar keine Chance, eine Region zu gewinnen, kann aber angesichts der vielen „Dreieckswahlen“ die Möglichkeiten der Rechten schmälern.
5. Die Strategie der rechtsliberalen UDF, überwiegend getrennt von ihrem Koalitionspartner UMP zu marschieren, hat sich nur teilweise ausgezahlt; zwar kommt sie im nationalen Durchschnitt auf 11 % (gegenüber 23 % für die UMP), doch wird sie im zweiten Wahlgang überall nur als deren Juniorpartner antreten können.
6. Die extreme Linke (vereinte Trotzlisten) hat mit fünf Prozent schlechter abgeschnitten als erwartet; sie wird aufgrund des neuen Wahlrechts in keiner Region beim zweiten Wahlgang vertreten sein und erhöht so die Chancen der Linken.
7. Nach dem erstmals angewandten Wahlrecht, können nur Listen mit mehr als zehn Prozent der Stimmen beim zweiten Wahlgang antreten; wer mehr als fünf Prozent erhält, kann immerhin mit einer anderen Liste fusionieren.

## „Noch kein Sieg, aber eine Hoffnung“

Die um die Sozialistische Partei gescharte parlamentarische Linke ist unerwartet als deutlicher Sieger aus dem ersten Wahlgang der Regionalwahlen hervorgegangen. Zwar hatte man allgemein eine „Abstrafung“ der Regierung erwartet – bei „Zwischenwahlen“ ein auch in anderen Ländern nicht unbekanntes Phänomen – ,doch hatte man nicht geglaubt, dass dies der „traditionellen“ Linken zugute kommen würde. Vielmehr waren die meisten Auguren davon ausgegangen, dass die allgemein verbreitete Unzufriedenheit mit dem Zustand der französischen Wirtschaft und Gesellschaft sich zugunsten der extremen Kräfte auswirken würde – sowohl auf der Rechten, wie auf der Linken. Kombiniert mit einer von vielen befürchteten hohen Wahlenthaltung hätte dies bedrohliche Signale für das Funktionieren der Demokratie angesichts vielfältiger innerer wie äußerer Bedrohungen ausgestrahlt.

Für die parlamentarische Linke, allen voran die PS, wirkt dieses Ergebnis wie ein Befreiungsschlag. Bis zu diesem 21. März schien die Partei noch immer unter dem Trauma der verheerenden Wahlniederlage vom April 2002 zu leiden, als ihr Präsidentschaftskandidat Lionel Jospin von dem Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen schmachvoll aus dem Rennen geworfen wurde. Dass Jospin während dieses Wahlkampfes zum ersten Mal seit fast zwei Jahren wieder aus der politischen Versenkung auftauchte und einige viel beachtete öffentliche Auftritte bestritt, konnte man schon als erstes Anzeichen einer Regenerierung der Partei deuten. Dennoch hatte es der PS-Vorsitzende François Hollande noch vor wenigen Wochen als Erfolg bezeichnet, sollte seine Partei die bisherigen acht Regionen halten, da die letzten Regionalwahlen 1998 außergewöhnlich günstig für die Linke gewesen sei.

Jetzt könnte die Linke aufgrund der Ergebnisse im ersten Wahlgang bis zu sechs weitere Regionen hinzu gewinnen, darunter die mit 5,6 Millionen Einwohnern zweitgrößte Region „Rhône-Alpes“ oder – symbolträchtig – die „Heimatbastion“ von Premierminister Raffarin, „Poitou-Charentes“, wo die frühere PS-Ministerin Ségolène Royal mit fast 47 % einem kaum noch zu stoppenden Sieg im zweiten Wahlgang zusteuert. Weitere Regionen, in denen die Linke mit großem Vorsprung führt, sind Burgund, Languedoc-Roussillon und die Bretagne. Einziger Wermutstropfen in diesem rosigen Bild: In der bei weitem größten französischen Region, der Ile-de-France mit Paris als Mittelpunkt, ist das Rennen völlig offen. Die Ile-de-France repräsentiert mit 11 Millionen Einwohnern 19% der französischen Bevölkerung und fast 28% des Bruttosozialprodukts: Ähnlich wie das Rathaus von Paris ist der Vorsitz im Regionalrat der Ile-de-France von überregionaler Bedeutung. Bisher wird er von Jean-Paul Huchon (PS) eingenommen, der mit einer knappen Mehrheit der vereinten Linken (PS, Kommunistische Partei, Grüne und kleinere Gruppen) regiert. Das Ergebnis des ersten Urnengangs lässt eine spannende zweite Runde erwarten: Die Linke kommt auf knapp 40 % (PS/Grüne: 32, KP: 7,2), die Rechte auf 41 % (UMP: 25, UDF: 16). Der Front National unter Führung der Le Pen-Tochter Marine erreicht 12,2 % und bleibt damit unter dem Ergebnis von 1998; die extreme Linke erhält nur vier Prozent und ist damit aus dem Rennen für den zweiten Wahlgang.

Ein zweiter Grund, die Euphorie der Linken zu bremsen, ist das Wahlsystem. Immerhin haben die Wähler eine Woche Zeit, ihre Entscheidung zu überdenken, und für Manchen mag es mit einer ersten Ermahnung an die Regierung getan sein. Dazu kommt, dass die von der Linken angewandte Parole von der „nützlichen Stimme“ (vote utile; d.h. die Stimme nicht an die Extremisten zu verschwenden), sich in der zweiten Runde zugunsten der Regierungsmehrheit auswirken könnte, dann nämlich, wenn es zwischen rechts und links knapp wird und die Wähler des FN vor der Entscheidung stehen, ihre Partei zu unterstützen oder eine linke

Mehrheit zu verhindern. Zurecht, aber vielleicht doch etwas zu bescheiden, erklärte deshalb der frühere Premierminister Laurent Fabius, derzeit die Nummer 2 in der PS, am Wahlabend: „Dies ist noch kein Sieg, aber doch schon eine Hoffnung“.

Mehr als eine Hoffnung ist es aber auf jeden Fall für François Hollande. Dieser ist zwar bereits seit 1997 Vorsitzender („Erster Sekretär“) der PS, doch stand er bis zu den Wahlen von 2002 im Schatten seines Vorgängers und damaligen Premierministers Lionel Jospin. Zum ersten Mal hat er jetzt in eigener Regie Wahlen organisiert, und er hat diesen Test mit Bravour bestanden. Wenn es beim zweiten Wahlgang am nächsten Sonntag nicht zu einem völligen Einbruch kommt (was eher unwahrscheinlich ist), dann geht er gestärkt aus diesen Wahlen hervor und reiht sich damit – ob öffentlich deklariert oder nicht – in die Phalanx der potentiellen Bewerber der PS für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2007 ein. Dort stehen bisher bereits inoffiziell die „Elefanten“ der Partei, wie Fabius, der frühere Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der frühere Kulturminister Jack Lang, die ehemalige Arbeitsministerin Martine Aubry und der Bürgermeister von Paris Bertrand Delanoë. Für sie alle war Hollande bisher ein bequemer, weil „ungefährlicher“ Kompromisskandidat auf dem Sessel des PS-Vorsitzenden. Jetzt könnte er sich zum Konkurrenten mausern, mit dem Vorteil den Parteiapparat zu dirigieren.

## **Die Regierung wackelt, aber wird sie auch fallen?**

Auch innerhalb der regierenden Rechten haben die Grabenkämpfe im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2007 schon längst begonnen, doch ging es bei den Regionalwahlen vorrangig um etwas anderes: Es war die erste Prüfung nach dem grandiosen Wahlsieg von 2002 und zugleich der erste Test für die Regierungspolitik der gesellschaftlichen und institutionellen Reformen – und damit ging es auch um das Schicksal der Regierung Raffarin und das politische Überleben des Regierungschefs.

Schon im Vorfeld der Wahlen war heftig spekuliert worden, ob es nach einer Wahlniederlage der Rechten zu einer Regierungsumbildung oder gar zur Ablösung Raffarins durch Staatspräsident Jacques Chirac kommen würde. Diese Spekulationen haben durch das bescheidene Abschneiden der Regierungsparteien neue Nahrung erhalten, und der bevorstehende Machtwechsel in Raffarins Heimatregion „Poitou-Charentes“ schwächt dessen Position zusätzlich. Es bleibt abzuwarten, ob es im zweiten Wahlgang wirklich zu einer dramatischen Verschiebung der Machtverhältnisse auf regionaler Ebene kommen wird, was mit Sicherheit tiefgreifende Veränderungen in der Regierung mit sich bringen würde. Doch geht die Regierung in jedem Fall geschwächt aus diesem Wahltest hervor, denn entgegen den ständigen Beteuerungen von Raffarin, hier gehe es vor allem um regionale Fragen und Kompetenzen, hat die Kandidatur von nicht weniger als 19 der 38 Minister und Juniorminister (ministres délégués) bewiesen, dass sehr wohl nationale Belange auf dem Spiel standen. Dass die Mehrzahl von ihnen schlecht abgeschnitten hat, macht die Möglichkeit einer Regierungsumbildung um so wahrscheinlicher; rühmliche Ausnahmen von der Regel waren der Arbeitsminister François Fillon in der Region „Pays de Loire“, einer der möglichen Prätendenten für 2007, und Jean-François Copé, der jugendliche Minister und Regierungssprecher, der in der Ile-de-France möglicherweise das Ruder übernehmen wird.

Wenn – wie es die Sprecher der Linken unisono verkündeten – die Wahlen des 21. März eine klare Absage an die „ultraliberale und unsoziale“ Politik der Regierung Raffarin waren, so zeigten sich deren Vertreter – allen voran der Regierungschef – zunächst unbeeindruckt:

„Wir haben verstanden“, so lautete die Botschaft, „aber wir werden auf dem einmal eingeschlagenen Weg der Reformen weitergehen“. Zumindest bis zum zweiten Wahlgang dürfte auch kaum etwas anderes möglich sein; ansonsten würde sich die Regierung völlig unglaublich machen. Erst am nächsten Sonntagabend wird sich das Schicksal der Regierung Raffarin entscheiden, das in den Händen des Staatschefs liegt. Chirac schweigt eisern zu den Ergebnissen des ersten Wahlgangs und hält sich damit alle Optionen für die Zukunft offen.

## Regionalisierung und Wahlrecht

Wenn Jean-Pierre Raffarin tatsächlich das Opfer der Regionalwahlen werden sollte, dann wäre dies eine Ironie der Geschichte, denn die Regionalisierung bzw. Dezentralisierung gehört zu den bevorzugten Reformprojekten des Regierungschefs, der selbst aus der Regionalpolitik kommt und von 1988 bis zu seiner Berufung nach Paris 2002 Präsident der Regionalversammlung von „Poitou-Charentes“ war. Allerdings gehört die Dezentralisierung – wie auch die Reform der Rentenversicherung – zu den am heftigsten kritisierten Reformen der Regierung Raffarin. Die Linke – aber auch viele Regional- und Lokalpolitiker der Rechten – werfen ihm vor, den Regionen und Kommunen zwar mehr Kompetenzen, aber nicht die zu ihrer Erfüllung notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt zu haben. Tatsächlich sind die Kompetenzen der französischen Regionen nicht mit denen der deutschen Bundesländer zu vergleichen: Sie beschränken sich etwa auf Teile der Bildungspolitik (Gymnasien, Berufsbildung), der Raumplanung, der Kultur und des Verkehrswesens. Deshalb hat ein Wahlsieg in einer Region auch nicht die gleiche Bedeutung wie der Gewinn einer Landtagswahl in einem Bundesland. Dennoch hat die Dezentralisierung den Aufbau gewisser Gegenmachtpositionen für die Opposition ermöglicht, aus denen heraus viel offensiver agiert werden kann, als es die von jeglichen Machtpositionen ausgeschlossene Oppositionsrolle in der Nationalversammlung – zumal wie bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen – jemals könnte.

Diese Position kann – einen Wahlsieg vorausgesetzt – verstärkt werden durch ein äußerst kompliziertes und von den kleineren Parteien als undemokratisch deklariertes Wahlsystem. Im ersten Wahlgang funktioniert es wie ein fast lupenreines Verhältniswahlsystem: Wer mehr als 10 % der Stimmen in einer Region erreicht, kommt in den zweiten Wahlgang. Bei mehr als 5% gibt es immerhin die Möglichkeit, mit einer anderen Liste zu fusionieren und erneut anzutreten. Im zweiten Wahlgang kommen dann Elemente des Mehrheitswahlrechts hinzu: Der Sieger erhält automatisch einen Bonus von 25 %, womit stabile Mehrheitsverhältnisse erreicht werden sollen. Angesichts des französischen Parteiensystems zwingt dies zu einer Vielzahl von Listenverbindungen: So trat im ersten Wahlgang die PS in acht Regionen gemeinsam mit der KP und den Grünen, in sechs Regionen nur mit der KP und in weiteren fünf nur mit den Grünen an. Im zweiten Wahlgang werden sich dann alle (zusätzlich kleinerer Gruppierungen, wie der Bürgerbewegung des ehemaligen Innenministers Chevènement) unter einem Dach wieder finden.

Um das ganze noch zu komplizieren, gilt für die zeitgleich abgehaltenen Kantonalwahlen (Departement-Versammlung) das reine Mehrheitswahlrecht. So wurde am Sonntag bereits im ersten Wahlgang der Innenminister Nicolas Sarkozy, derzeit populärster Politiker Frankreichs und Widersacher von Staatschef Chirac, bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit in die Versammlung seines Departements gewählt. Dieses Wahlsystem bedeutet, dass bereits kleine Veränderungen von zwei bis drei Stimmen in einer Versammlung ausreichen, um die Mehrheit zu verändern. So könnte es durchaus sein, dass am nächsten Sonntag zwar die Linke in den Regionen triumphiert, die Rechte aber in den Departements die Mehrheit behält.